Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrag-15 Pfg. Alle Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend gebühr. Einzelnummern träger und Geschäftsstellen Postboten und unsere Ausnehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 279. 83. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend 29. November 1924

Landwirtschaftlicher Kredit.

Zu der in der letzten Zeit besonders lebhaft gewordenen Auseinandersetzung über die angeregte Umwandlung der Rentenbank in eine unabhängige rein landwirtschaftliche Kreditanstalt wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Durch den Londoner Pakt ist bekanntlich bestimmt worden, daß infolge der Schaffung der neuen deutschen Währung auch das bisherige Währungsinstitut, nämlich die Deutsche Rentenbank, abgebaut werden solle, und zwar im Laufe von zehn Jahren. Die Rentenmarkscheine werden allmählich ersetzt durch die neuen Reichsmarkscheine und die Garantie für das alte Zahlungsmittel übernimmt die umgestaltete Reichsbank. Nun soll dem Gesetz über die Liquidierung der Rentenbank zufolge als Kreditvermittlungsinstitut neben der deutschen Rentenbank eine besondere Kreditanstalt gegründet werden, die ihr Kapital dadurch bilden soll, daß laut § 9 des Liquidationsgesetzes jährlich mindestens 25 Millionen an dieses Kreditinstitut von der Deutschen Rentenbank abgegeben werden sollen und zwar von den Zinseingängen, auf das zwei Milliarden betragende Kapital der Rentenbank. Von diesen Zinseingängen gehen dann zunächst 60 Milliarden zwecks Tilgung des vom Reich garantierten Betrages ab und dann die 25 Millionen für die Kreditanstalt, eine Summe, die mit Zustimmung der Reichsregierung noch erhöht werden kann. Da die Liquidation der Rentenbank zehn Jahre in Anspruch nimmt, würde am Ende dieses Zeitraumes die Kreditanstalt über ein Kapital von mindestens 4 bis 500 Millionen verfügen.

Bei dem engen Zusammenhang zwischen der Kreditanstalt und der Rentenbank ist nun auch angesichts des sehr erheblichen Einflusses, den eine so kapitalkräftige Kreditanstalt für die ganze Frage des landwirtschaftlichen Kredites haben muß, die preußische Regierung — also nicht die Reichsregierung — auf den Gedanken gekommen, Einfluß im Verwaltungsrate zu gewinnen oder diesen vielmehr zu verstärken. Denn tatsächlich entsenden in diesen Verwaltungsrat die Länder acht Vertreter. Drei werden vom Landwirtschaftsrat bestimmt und nur acht durch die verschiedenen landwirtschaftlichen Interessentengruppen. Die preußische Regierung hat ihre Aktion damit vorbereitet, daß sie erklärte, der Landbund habe in dem Verwaltungsrat der Rentenbankkreditanstalt einen überragenden Einfluß. Der Landbund entsendet zwei Vertreter.

Die Rentenbank selbst hat nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich durch die Dawesgesetze eine starke Abänderung erfahren, indem nämlich die Landwirtschaft die einzige ist, die das erwähnte Zweimilliardenkapital der Rentenbank stellt. Die ursprünglich laut Rentenbankgesetz vom 15. Oktober gleichfalls zur Deckung herangezogenen gewerblichen und industriellen Unternehmungen sind durch das Gesetz über die Industrieobligationenbelastung aus der Rentenbank ausgeschieden, sodaß diese jetzt tatsächlich ein rein landwirtschaftliches Institut nach der Soll- und Habenseite geworden ist. Das gleiche gilt für den Kredit. War schon die Gründung der Golddiskontbank nur zu dem Schritt geschehen, der Industrie Kredit von 300 Millionen zu verschaffen, so soll die neue Reichsbank oder muß vielmehr als reines Industriekreditinstitut gelten, weil sie Kredite nur auf drei Monate gibt. Ein solcher Kredit ist für die deutsche Landwirtschaft unbrauchbar, die nur mit langfristigen Krediten arbeiten kann.

Allseitig wird anerkannt, daß die Landwirtschaft ausgedehnte langfristige Kredite mehr wie notwendig hat. Nun wird gegen die Rentenbankkreditanstalt der Einwand erhoben, daß ihr Bestehen bezw. ihre Erweiterung zu einem derartig großen Kreditinstitut eine schwere Konkurrenz für die schon bestehenden landwirtschaftlichen Kreditorganisationen bedeute. Demgegenüber steht die Tatsache, daß jene älteren Kreditinstitute zurzeit alles andere als finanzkräftig und in der Lage sind, der Landwirtschaft in ihrer Kreditnot helfen zu können. Man hat die Möglichkeit, Ersparnisse zu machen, überhaupt erst seit einem Jahre, und die Gelder der Schulze-Delitzschschen Genossenschaften, von Raiffeisen usw. sind im vorigen Jahre durch die Inflation auf einen lächerlich geringen Rest zusammengeschmolzen. Der Landwirtschaft ist es in diesem letzten Jahre nicht derart gutgegangen, daß sie an Ersparnisse, also an Einzahlungen bei den Genossenschaften hätte denken können. So erklärt sich das Verlangen, daß die Landwirtschaft die hypothekarische Belastung, die sie mit der Gründung der Rentenbank zu übernehmen hatte und die jetzt für die Währungsstabilisierung nicht mehr in Frage kommt, in ihrem Interesse verwendet wissen will. Bei der Schwäche der anderen Kreditinstitute im Hinblick auch auf die Ausschaltung der Reichsbank und der Rentenbank als Kreditgeber für die Landwirtschaft, hält man auch vielfach auf Seiten der Landwirtschaft die im Gesetz vorgesehene Gründung der Rentenbankkreditanstalt nicht für eine Konkurrenz, sondern für eine willkommene Vermehrung der Kreditmöglichkeiten für die deutsche Landwirtschaft.

Aegyptens Unterwerfung.

Ziwar Pascha gibt nach.

London, 27. November.

Zwischen dem englischen Vertreter Lord Allenby und dem neuen ägyptischen Ministerpräsidenten Ziwar finden andauernd Konferenzen statt. Ziwar Pascha erklärte sich bereit, auch die letzte der englischen Forderungen anzuerkennen, also Englands Recht auf den Schutz der Fremden in Ägypten und Ägyptens Versprechen, gegen dieses Recht Englands keinerlei Opposition zu treiben. Eine formelle Note dürfte dieses Zugeständnis sehr bald befestigen. Alle anderen englischen Bedingungen sind bereits entweder von der ägyptischen Regierung freiwillig erfüllt oder von der englischen Regierung erzwungen worden. Die britische Militärbehörde verhaftete den früheren Unterstaatssekretär des Innern, Abdel Rahman Bei Fahmi, der im Jahre 1921 in Verbindung mit einer Verschwörungsaffäre gefangen gesetzt worden war und später, als Zaglul Pascha zur Macht gelangte, wieder freigelassen worden war. Verhaftet wurde ferner Makran Ebed, ein hervorragendes Mitglied der koptischen Bewegung, der Zaglul Pascha kürzlich auf seiner Reise nach London begleitet hatte. Die Verhafteten wurden in ihren Betten überrascht. Wohin sie gebracht wurden, ist nicht bekannt.

Da der Völkerbund jedes Eingehen auf die ägyptische Protestnote gegen Englands Vorgehen verweigert hat, bleibt der machtlosen Regierung im Pharaonenlande, die nur den Schein der Selbständigkeit hat, vorläufig wohl nichts anders übrig, als vor den britischen Kanonen, Schlachtschiffen, Infanteriedivisionen und Bombenflugzeugen klein beizugeben. In den englischen Blättern wird inzwischen verbreitet, die ägyptischen Führer hätten auch beschlossen gehabt, auch Lord Allenby zu ermorden. Die Räumung des Sudans von ägyptischen Truppen schreitet ohne Widerstand fort und zurzeit soll in ganz Ägypten Ruhe herrschen. In Londoner Regierungskreisen ist man der Ansicht, der Ministerwechsel habe für die nächste Zeit eine entschiedene Besserung gebracht; man glaube, daß die Wiederherstellung normaler Zustände nicht lange auf sich warten lassen werde. Die Minister seien der Ansicht, daß die Krise vorübergehen und daß es, wenn es zu keinem neuen Zwischenfall komme, unnötig sein würde, neue Maßnahmen wie die Erklärung des Belagerungszustandes zu beschließen.

Ein neuer englisch-ägyptischer Vertrag.

Nach dem „Evening Standard" beabsichtigt das Auswärtige Amt die künftigen englisch-ägyptischen Beziehungen in einem neuen Vertrag zu regeln. Ägypten wird als Monarchie weiterbestehen. Großbritannien überwacht den Suezkanal. Die Rechte des Sudans sollen so gesichert werden, daß ägyptische Übergriffe ausgeschlossen sind. Außerdem wird die Einführung einer Pressezensur in Kairo geplant. Also es bleibt dabei, daß der Sudan restlos annektiert wird.

Kein Rücktritt ägyptischer Minister.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 28. November. Der „Information" wird aus Kairo gemeldet, daß die drei Minister, die wegen der Verhaftung der ägyptischen Nationalisten ihren Rücktritt eingereicht hatten, ihre Rücktrittserklärung in der letzten Kabinettssitzung zurückgenommen haben, da die britischen Militärbehörden versprochen hatten, die Verhafteten noch gestern den ägyptischen Behörden zu übergeben.

Zaghoul Pascha über Ziwar Pascha.

Paris, 28. November. Zaghoul Pascha hat einem Vertreter des „Matin" in Kairo erklärt: Ich fühle mich zu krank, um in absehbarer Zeit nach Genf zu reisen. Zudem hat meine Partei noch nichts Endgültiges über diese Reise beschlossen. Obwohl Ziwar Pascha mich durch die Vertagung des Parlaments des Versprechens entbunden hat, ihn zu unterstützen, mahne ich nach wie vor zur Ruhe

Ziwar Pascha auch Außenminister.

Paris, 28. November. Einer Havas-Meldung zufolge hat Ziwar Pascha auch das Ministerium des Auswärtigen übernommen, nachdem der ägyptische Gesandte in Rom es ausgeschlagen hat.

Rücktritt Bradburys.

Paris, 28. November. Die Blätter melden, daß der englische Delegierte in der Reparationskommission Sire John Bradbury am 3. Dezember von seinem Posten zurücktritt.

Eine Erklärung des Generals von Nathusius.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 28. November. General v. Nathusius hat den Kasseler Korrespondenten des „Lokalanzeigers" ausdrücklich festzustellen, daß er nicht die Begnadigung angenommen habe. Er habe einen schriftlichen Protest gegen die Begnadigung mit seiner Unterschrift versehen, seinem Rechtsbeistand eingehändigt und gebeten, das Schriftstück Herriot zu unterbreiten. Er habe dargelegt, daß er niemals diese Begnadigung annehmen könne, da er kein Schuldbekenntnis ablegen könne. Er bestände darauf, daß man ihm seine Ehre wiedergebe, und zwar dadurch, daß man das völlig ungerechte Urteil aufhebe. Er habe noch ein zweites Schriftstück unterschrieben, in dem er feststellt, daß er sofort die Revision vor dem Obersten Gerichtshof beantragt habe. Er sei jederzeit bereit, sich nochmals vor die Schranken eines französischen Gerichts zu begeben, weil er als aufrechter deutscher Mann und alter Offizier jeden Tag dafür eintrete, daß er nichts gegen das Gesetz getan habe.

Kredit für die Reichsbahngesellschaft.

Berlin, 28. November. Zwischen der Reichsbahn-Gesellschaft und einem unter Führung von Speyer & Co. stehenden Neuyorker Bankkonsortium sowie einer Länderbahngruppe ist ein Abkommen zustandegekommen. Danach erhält die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft bis zum 31. Januar 1926 das Recht eingeräumt, einen Kredit in Höhe von 15 Millionen Dollar teils in Dollar, teils in Pfund Sterling in Anspruch zu nehmen.

Die Gefährdung Danzigs durch polnische Munition.

Bromberg, 28. November. Gestern früh kam es in der etwa fünf Kilometer von Bromberg entfernten Munitionsfabrik Hubeneiche zu einer heftigen Explosion. Das Fabrikgebäude wurde vollständig zerstört. Drei Personen sind getötet und zahlreiche verwundet. Die Explosion war so stark, daß sie in den benachbarten, an der Berliner Chaussee gelegenen Ortschaften wie ein Erdbeben empfunden wurde. Auch in Bromberg wurde der starke Knall gehört. Vier Personen sind durch die herumfliegenden Geschoßstücke und anderen Gegenstände verletzt worden. Der Fall ist bedeutsam für die freie Stadt Danzig, weil unter der Einwilligung des Völkerbundes Polen auf der Westerplatte unweit von Danzig ein Munitionsdepot anlegen wird.

Echo de Rhin erscheint weiter.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Mainz, 28. November. Das „Echo du Rhin" teilt mit, daß es vom 1. Dezember ab in Koblenz erscheint. Es werde sich aber nicht mehr an politischen Auseinandersetzungen beteiligen.

Die russischen Antworten in London.

London, 28. November. Die Sowjetregierung hat auf die zwei Noten Chamberlains in zwei Noten geantwortet. Die erste spricht nur das Bedauern über den Entschluß Englands aus, die Abmachungen nicht zu ratifizieren. Die zweite schlägt vor, den Sinowjew-Brief zur Entscheidung über Echtheit oder Fälschung einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Unwetter über England.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

London, 28. November. In den letzten 24 Stunden ist über England ein schweres Unwetter niedergegangen, das als das schwerste der letzten Jahre bezeichnet wird. Der Dampferverkehr nach Holland ist eingestellt.

Erbitterter Kampf vor Tetuan.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 28. November. Nach einer Meldung des „Journal" hat sich gestern in Marokko unmittelbar vor den Toren Tetuans ein erbitterter Kampf abgespielt. Den Aufständischen war es gelungen, sich bis auf einen Kilometer an die Stadt heranzuarbeiten. Eine eingeborene Truppenabteilung wurde gefangengenommen und fortgeschleppt.

Tetuan abgeschnitten.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Madrid, 28. Novemebr. Das Direktorium teilt mit, daß sämtliche Verbindungen mit Tetuan wegen eines heftigen Sturmes unterbunden sind.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF